



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

AUS DEM BUNDESTAG: FDP-FRAKTION FORDERT ÄNDERUNGEN IN DER STÄDTEBAUFÖRDERUNG

03.03.2008 Fachinformation

In einem Antrag (16/8076) hat die Fraktion der FDP gefordert, die Programmvierfalt in der Städtebauförderung zu reduzieren und besser zu koordinieren. Übergeordnetes Ziel sei es, die Stadt- und Raumplanung nachhaltig und flexibel zu gestalten. Dies beinhaltet im Detail die Übernahme der Empfehlungen des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung, insbesondere eine verstärkte Kooperation der Kommunen. Diese wiederum sollen von einer "Task Force Stadt- und Regionalentwicklung" unterstützt werden. Überwacht werden müsse auch die Nutzung der Mittel, so die FDP. Um mehr Transparenz herzustellen, sollen die Landesrechnungshöfe nach dem Willen der Liberalen die Mittelverwendung jährlich überprüfen. Daneben fordert die Fraktion eine Erhöhung der Förderquote von Stadtteilaufwertungen auf 60 Prozent gegenüber der Förderung des Rückbaus. Die Fraktion will außerdem, dass die Infrastruktur optimiert und dass externe Faktoren wie die Demografie, die Ökonomie und die Ökologie berücksichtigt werden. Anlass des Antrages ist die anstehende Evaluierung der Programme zur Städtebauförderung und die damit verbundene Neuverhandlung der Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern.

<https://bbu.de/beitraege/aus-dem-bundestag-fdp-fraktion-fordert-aenderungen-der-staedtebauforderung>